

Meldungen

Karl-Heinz Krämer

Gewalttätige Ausschreitungen

Zu einer Zeit ständig zunehmender politischer Instabilität erlebte Nepal Ende 2000 Ausbrüche von Unruhe und Gewalt, wie es sie seit der Volksbewegung von 1990 nicht mehr gegeben hatte. Die Ausschreitungen eskalierten am 26. und 27. Dezember, als der Mob plündernd durch die Straßen zog und Inder sowie indisch aussehende Nepali aus dem Tarai attackierte. Anlaß für die Eskalation waren Gerüchte, der indische Filmstar Hrithik Roshan habe in einem Interview mit dem indischen Fernsehsender Star TV verachtende Äußerungen über Nepal und seine Bewohner abgegeben. Es hieß, er habe wörtlich gesagt, die Nepali gehörten zu den von ihm am meisten gehaßten Menschen.

Mindestens fünf Personen wurden getötet und fast 600 verletzt, darunter 80 Polizisten. Der Mob versuchte, ein Kino im Stadtteil Chabhil in Brand zu setzen, in welchem gerade ein Film mit Roshan auf dem Programm stand. Das Informations- und Kommunikationsministerium riet allen Kinobetreibern, indische Filme mit dem genannten Schauspieler vorübergehend abzusetzen. Roshan selbst, der sich gerade auf Hochzeitsreise in Australien befand, bestritt, eine derartige Äußerung getan zu haben. Als Reaktion auf die Ausschreitungen in Nepal, kam es in Indien zu Aggressionen gegen Kinos, in denen Filme mit der nepalischen Schauspielerin Manisha Koirala gezeigt wurden, die in Indien zu den beliebtesten Leinwanddivas zählt. Sie ist übrigens eine Enkelin des Nepali Congress Parteigründers und früheren Premierministers B.P. Koirala, eines Bruders des heutigen Premiers Girija Prasad Koirala.

K.R. Malkani, ein führendes Mitglied der indischen BJP, goß weiteres Öl auf die Mühlen, als er gegenüber News Today, einer Publikation der India Today-Gruppe, erklärte, Indiens Premierminister Nehru habe 1950 einen schweren Fehler begangen, als er den Eintritt Nepals in die Indische Union abgelehnt habe, den der damalige nepalische König Tribhuvan vorgeschlagen habe. Es wäre

besser gewesen, wenn Nepal, ähnlich wie später Sikkim, Bestandteil Indiens geworden wäre. Die indische Regierung distanzierte sich glücklicherweise sofort mit aller Deutlichkeit von diesen Äußerungen Malkanis.

Dennoch trugen die Äußerungen dazu bei, daß die in Nepal stets latent vorhandenen anti-indischen Ressentiments zu offenen Gewaltaktionen führten. Ziel waren nicht nur indische Institutionen, sondern ganz besonders auch die indischstämmige Bevölkerung des nepalischen Tarai, die ohnehin stets große Probleme mit ihrer Anerkennung als nepalische Staatsbürger hat. So machten die provokanten Äußerungen aus Indien nicht nur erneut das spannungsgeladene indisch-nepalische Verhältnis deutlich, sondern zeigten darüber hinaus die fehlende ethnische Harmonie und Integration größerer nepalischer Bevölkerungskreise.

Politiker diverser Parteien erinnerten an die „traditionelle Harmonie“ der nepalischen Völker. Die CPN-UML, Hauptoppositionspartei im Parlament, rief am 10. Januar zu einem *Mechi-Mahakali-Marsch* auf, um für die ethnische Integration und Einheit der Nation zu werben. Die *Nepal Sadbhavana Party* (NSP), welche insbesondere die Interessen der indischstämmigen Tarai-Bevölkerung vertritt, wurde im Rahmen der Unruhen selbst zum Ziel gewaltsamer Attacken. Aus Protest rief die NSP zu einem zweitägigen *Tarai-Bandh* auf, einem Generalstreik im gesamten Flachlandgürtel entlang der indischen Grenze, der überwiegend friedlich verlief.

Diskussion von Verfassungs- und Gesetzesänderungen

Die Tarai-Bevölkerung ist nur eine von mehreren Gruppen, die seit der Einführung der Verfassung im Jahre 1990 für die Änderung diverser Artikel der Verfassung und untergeordneter Gesetze eintreten, durch die sie sich als ungleich behandelt sehen. Es handelt sich insbesondere um die zahlreichen ethnischen Gruppen, überwiegend Völker mit ti-

beto-mongolischem Hintergrund sowie die Dalit-Gruppen, die noch weniger Anerkennung genießen als die ethnischen Gruppen. Aber auch Frauenorganisationen und Religionsgruppen wie Muslims und Christen stoßen ins gleiche Horn.

In den letzten Monaten ist etwas Bewegung in die Sache gekommen, da sich zunehmend auch Politiker unterschiedlicher Parteien offener für derartige Überlegungen gezeigt haben. Besonders ist hier die Hauptoppositionspartei CPN-UML zu nennen, aber auch im Nepali Congress gibt es einige Befürworter gesetzlicher Änderungen. Verbal erklären einige Politiker, die Verfassung diskriminiere zahlreiche Bevölkerungsgruppen. Doch sie vermeiden es noch immer, die Hauptursachen beim Namen zu nennen.

Vor allem die konstitutionelle Identifizierung des multiethnischen und multi-kulturellen Nepal als Hindustaat blockiert jegliche Reformansätze in den Köpfen der Politiker und Juristen. Ein Beispiel ist die rechtliche Gleichstellung von Frauen. Letztere sind nach traditionellem Hindudenken Menschen zweiter Klasse, denen beispielsweise ein Besitz- und Erbrecht nur eingeschränkt zugestanden wird. Eine jahrelang diskutierte Gesetzesvorlage sieht zwar vor, Frauen ein Erbrecht zuzugestehen, schränkt dieses Recht aber sofort wieder ein, indem es die Rückgabe des Erbes im Falle einer Heirat der Frau vorsieht. Wegen vehementer Proteste insbesondere von Frauenorganisationen führte die Regierung jetzt Basisbefragungen durch, die Anfang 2001 abgeschlossen wurden. Das Ergebnis wird in den nächsten Wochen erwartet.

Die Krise des Nepali Congress

Die Unruhen von Ende Dezember haben die nepalische Regierung in eine schwere Krise gestürzt, vorausgesetzt man glaubt daran, daß es noch tiefer abwärts gehen kann. Allgemein gab man jedenfalls der Regierung die Schuld daran, daß die Unruhen derart eskalierten. Die Regierung sei unfähig gewesen,

für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Dabei hatten die Regierungsmitglieder eigentlich ganz andere Dinge im Kopf. Die Politik des Staates wird nämlich schon seit Wochen nicht mehr im Kabinett gemacht, sondern im Parteibüro des regierenden *Nepali Congress*, bzw. durch dessen Führer auf den Straßen und in den Medien. Es scheint, es geht allen Politikern der Regierungspartei nur noch um Macht und eigene Vorteile. Das Wohl des Staates und das Bemühen um eine fortschrittsorientierte Politik interessiert offensichtlich niemanden.

Zwei alte Männer, Krishna Prasad Bhattarai und Girija Prasad Koirala, die sich beide mit Riesenschritten ihrem achtzigsten Lebensjahr nähern, gehen für ihre eigenen Interessen und Machtansprüche über Leichen. Soll doch die Partei oder gar der nepalische Staat dabei zu Bruch gehen; wen interessiert dies schon in diesem Alter?

Das Vorfeld des für 19.-22. Januar anstehenden Parteikongresses des *Nepali Congress* in Pokhara war für die jüngere Generation der Partei ein Anlaß, erneut auf eine Verjüngung der Parteispitze zu drängen. Vorreiter war dabei einmal mehr Sher Bahadur Deuba, der Mitte der neunziger Jahre selbst bereits für knapp zwei Jahre Premierminister der ersten unrühmlichen Koalitionsregierung gewesen war. Deuba forderte im Vorfeld des Parteikongresses Premierminister Koirala auf, eines der beiden Ämter, Premierminister oder Parteivorsitz, abzugeben; er

selbst kündigte seine Kandidatur für den Parteivorsitz an.

Koirala lehnte einen Rücktritt als Premierminister ab und erklärte postwendend, er werde auch wieder für den Parteivorsitz kandidieren. Dies stürzte die Regierungspartei in eine schwere Krise. Deuba sammelte eifrig Befürworter seiner Forderung und sah sich dabei von Bhattarai unterstützt, der auf einmal sein Herz für die Parteijugend entdeckt hatte. Schließlich legte Deuba Ende Dezember eine Liste von 56 NC-Abgeordneten vor, die seine Forderung nach einem Rücktritt Koiralas unterstützen wollten. Als Koirala durchsetzte, daß die parteiinterne Abstimmung am 4. Januar nicht geheim durchgeführt wurde, sprangen einige der ursprünglichen Sympathisanten Deubas wieder ab; Ergebnis 69:41 für Koirala. Ein weiteres Mal konnte Girija Prasad Koirala sich also durchsetzen. Es fragt sich nur wie lange.

Das nächste Kräftemessen ist für den Parteikongreß angekündigt. Im Vorfeld zeigte sich Koirala großzügig, als er ankündigte, daß erstmals die Hälfte der Mitglieder des *Central Working Committee* (CWC) durch den Parteikongreß gewählt werden soll; bisher wurde lediglich der Parteivorsitzende gewählt, und dieser suchte sich dann die Mitglieder des CWC überwiegend aus dem Kreis seiner persönlichen Sympathisanten aus. Dies war im vergangenen Jahrzehnt immer wieder einer der Hauptnährböden für innerparteiliche Konflikte, egal ob der Vorsit-

zende Bhattarai oder Koirala hieß. Das CWC entscheidet nämlich über so wichtige Dinge wie die politische Ausrichtung der Partei, die personelle Besetzung von Ämtern und die Vergabe von Kandidaturen bei Wahlen. An der Tatsache, daß das CWC überwiegend mit männlichen Brahmanen besetzt ist, dürfte sich durch die von Koirala angekündigte leichte Reform kaum etwas ändern. Alle nepalischen Parteien, allen voran der *Nepali Congress*, zeichnen sich durch einen großen Mangel an innerparteilicher Demokratie aus.

Koirala als Vorsitzender des Nepali Congress bestätigt

Wie nicht anders zu erwarten, wurde Premierminister Girija Prasad Koirala auf dem Parteikongreß des *Nepali Congress* in Pokhara in seinem Amt als Parteivorsitzender bestätigt. Koirala erhielt 936 von 1.453 abgegebenen gültigen Stimmen. Sein bedeutendster Gegenkandidat, Sher Bahadur Deuba, mußte sich mit 507 Stimmen begnügen, während auf Ram Hari Joshi lediglich zehn Stimmen entfielen. Mit mehr Spannung war die Wahl von 18 Mitgliedern des CWC erwartet worden. Doch auch hier setzte sich das Koirala-Lager mit zwölf siegreichen Kandidaten mit deutlichem Vorsprung durch. Überraschend kam das Scheitern des Parlamentssprechers (dieser Posten entspricht dem der/des Bundestagspräsidenten in Deutschland; Anm. d. Red.) Taranath Ranabhat und des früheren Finanzministers Ram Sharan Mahat. Auch die Wahl von Prakash Man Singh, dem Sohn des verstorbenen Parteiführers Ganesh Man Singh, der zum Deuba-Lager gehört, war nicht erwartet worden. Ansonsten bestätigte der *Nepali Congress* sein schiefes Spiegelbild der nepalischen Gesellschaft. Brahmanen dominieren deutlich, während Angehörige ethnischer Gruppen und der Tarai-Bevölkerung ein Schattendasein fristen. Gleiches gilt für den Frauenanteil; lediglich Shailaja Acharya wurde gewählt, während die drei übrigen Kandidatinnen, allesamt Brahmaninnen, scheiterten. Namen von Dalits sucht man ebenfalls vergeblich. Inhaltlich setzte der Parteikongreß keine neuen politischen Zeichen. Der Machtkampf zwischen Alt und Jung, personifiziert durch Koirala und Deuba, überschattet alles. Deuba wirkt im Augenblick wie der große Verlierer. Nicht wenige Pressestimmen gehen davon aus, daß am Ende die Partei zerbricht.



Bei den Wahlen schlug das Pendel noch zugunsten des *Nepali Congress* aus – jetzt steckt die Partei in der Krise (aus: *Spotlight*, 24/11/2000)

Maoistischer „Volkskrieg“

Knapp fünf Jahre nach der Ausrufung des sogenannten „Volkskriegs“ durch die CPN (Maoist) gegen die etablierten Kräfte des nepalischen Staates hat der Konflikt bereits über 1.500 Tote gefordert; ihre Zahl steigt fast täglich. Die von Padma Ratna Tuladhar Ende Oktober 2000 eingefädelt Gespräche zwischen Vizepremier Poudel und führenden Vertretern der Maoisten ließen nur für kurze Zeit Hoffnung aufkeimen.

Die Anfang November unter seltsamen Umständen verlaufene Freilassung zweier inhaftierter maoistischer Führer, nachdem sie sich öffentlich von der Bewegung distanziert hatten, ihr anschließender Ausschluß aus der CPN (Maoist), das ständige Kompetenzgerangel innerhalb des regierenden Nepali Congress, die sich häufenden schweren Gemetzel an Polizisten bzw. Maoisten und die in jüngster Zeit erneut geäußerte Bereitschaft Premierminister Koiralas, den Konflikt mit Gewalt beenden zu wollen, all das läßt die Hoffnung auf eine rasche friedliche Beilegung sinken.

Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen und -aktivisten haben in letzter Zeit wiederholt sowohl die Regierung als auch die Maoisten schwerster Verstöße gegen grundlegende Menschenrechte beschuldigt. Es ist ein markantes Merkmal für das Vorgehen beider Seiten, daß es bei Zusammenstößen fast ausschließlich Tote gibt.

Gleichzeitig weiten die Maoisten ihre Aktivitäten immer weiter aus. Am 8. Dezember erzwang eine der CPN (Maoist) nahestehende Studentenorganisation die landesweite Schließung sämtlicher Schulen für acht Tage. Verhandlungen der Regierung mit den Studentenfürhern hatten keinen Erfolg. Schon länger kontrollieren die Maoisten schulische Einrichtungen selbst in der Hauptstadt Kathmandu und erzwingen nicht selten die Abgabe von Tributen. Dies alles belegt, daß die Regierung immer weniger Herr der Lage ist. Innerparteiliche Machtkämpfe sind offensichtlich wichtiger als das gravierendste innenpolitische Problem des Landes.

Erhöhung der deutschen Entwicklungshilfe

Die deutsche Bundesregierung hat Nepal eine weitere Unterstützung in Höhe von 12 Millionen DM für den Zweijahreszeitraum 2000/2001 zugesichert. Anfang

2000 waren bereits 33 Millionen für die Finanzierung bilateraler Projekte vereinbart worden. Der Erhöhungsbetrag soll Wasserkraftprojekten zufließen, wobei vier Millionen DM für Kleinwasserkraftwerke vorgesehen sind.

Darüber hinaus vereinbarte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Ende November 2000 mit der nepalischen Regierung eine Kreditzusage in Höhe von 31 Millionen DM für drei neue Projekte:

- 15 Millionen DM fließen als finanzielle Unterstützung in ein Biogasprojekt, an dem sich auch die Niederlande beteiligt.
- 14 Millionen DM sind für die zweite Phase des Stadtentwicklungsprogramms gedacht
- Zwei Millionen DM werden für Straßenausbesserungen zwischen Malekhu und Dading Besi zur Verfügung gestellt.